



Schlussbericht – 05.08.2025

Langfristperspektiven der städtischen Finanzen

KSFD-Studie 2025

Zuhanden der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen
und -direktoren

Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des finances des villes
Conferenza delle direttrici e dei direttori di finanza delle città



Impressum

Empfohlene Zitierweise

Autor: Ecoplan
Titel: Langfristperspektiven der städtischen Finanzen
Untertitel: KSFD-Studie 2025
Auftraggeber: Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren
Ort: Bern
Datum: 05.08.2025

Begleitgruppe

Martin Annen, St. Gallen
Markus Braunschweiler, Zürich
Paolo Hendry, Luzern
Philippe Krebs, Genf
Franziska Ehrler, Leiterin Sozial- und Gesellschaftspolitik, SSV

Vertretung Geschäftsstelle Städteverband
Anna Meisser, Geschäftsführerin KSFD

Projektteam Ecoplan

Michèle Kreienbühl
Tanja Engel
André Müller

Der Bericht gibt die Auffassung des Projektteams wieder, die nicht notwendigerweise mit derjenigen des Auftraggebers bzw. der Auftraggeberin oder der Begleitorgane übereinstimmen muss.

ECOPLAN AG

Forschung und Beratung
in Wirtschaft und Politik

www.ecoplan.ch

Monbijoustrasse 14
CH - 3011 Bern
Tel +41 31 356 61 61
bern@ecoplan.ch

Dätwylerstrasse 25
CH - 6460 Altdorf
Tel +41 41 870 90 60
altdorf@ecoplan.ch

Inhaltsverzeichnis

	Abkürzungen und Glossar	4
	Das Wichtigste auf einer Seite	5
1	Einleitung	6
2	Basisannahmen und Konventionen	8
2.1	Langfristperspektiven des Bundes	8
2.2	Basisannahmen und Konventionen für die vorliegende Studie	12
3	Städtische Bevölkerungsentwicklung bis 2060	13
3.1	Vorgehen und Annahmen für die städtischen Bevölkerungsszenarien	14
3.2	Resultate der städtischen Bevölkerungsszenarien	15
4	Demografieabhängigkeit der städtischen Finanzen	17
5	Städtische Finanzprojektionen bis 2060.....	20
5.1	Vorgehen und Annahmen für die städtischen Finanzprojektionen	20
5.2	Resultate der städtischen Finanzprojektionen	20
6	Schlussfolgerungen.....	25
	Literaturverzeichnis	27

Abkürzungen und Glossar

Abkürzungen	
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung
EL	Ergänzungsleistungen
IV	Invalidenversicherung
KSFD	Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren
Glossar	
Ausgabenquote	Ausgaben in Prozent der städtischen Einnahmen (die Langfristperspektiven 2024 weisen die Ausgabenquote in % des BIP aus).
Schuldenquote	Bruttoschuld in Prozent der Einnahmen (die Langfristperspektiven 2024 weisen die Schuldenquoten in % des BIP aus).
Fiskallücke	Die Fiskallücke gibt an, in welchem Umfang annahmegemäss ab dem Jahr 2025 Einsparungen oder Einnahmenerhöhungen notwendig sind, damit die Schuldenquote bis 2060 auf dem Niveau von 2024 stabilisiert werden kann. Die Fiskallücke wird in % der Einnahmen angegeben. (die Langfristperspektiven 2024 weisen die Fiskallücke in % des BIP aus)
Jugendquotient	Der Jugendquotient bezeichnet das Verhältnis der bis 19-Jährigen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre).
Altersquotient	Der Altersquotient bezeichnet das Verhältnis der ab 65-Jährigen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre).
Demografischer Wandel	Veränderung in der Bevölkerungsstruktur Im vorliegenden Bericht bezogen auf die Altersstruktur
Städtegruppen	Städte gruppiert nach sechs Grössenklassen (Wohnbevölkerung der Städte im Jahr 2024) und nach drei Sprachregion (Städte in französisch-, deutsch- und italienischsprachigen Gebieten)

Das Wichtigste auf einer Seite

Die Studie untersucht die langfristigen Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Finanzen von 133 Schweizer Städten bis 2060. Im Zentrum steht die Frage, wie Alterung und Bevölkerungsstruktur die städtischen Einnahmen und Ausgaben beeinflussen. Methodisch basiert die Analyse auf den Langfristperspektiven des Bundes (EFD 2024) und berechnet Bevölkerungsszenarien auf Stadtebene.

Steigende Ausgaben für Bildung und Langzeitpflege belasten Stadtfinanzen

Die Resultate zeigen, dass die Ausgaben der Städte im Verhältnis zu den Einnahmen infolge des demografischen Wandels stark ansteigen werden. Die demografiebedingte Ausgaben in Prozent der Einnahmen betragen 29 % im Jahr 2024, 32 % im Jahr 2040 und 35 % im Jahr 2060. Der demografiebedingte Ausgabendruck auf die Städte steigt also markant, durch höhere Bildungsausgaben bis 2040 und ansteigende Pflegekosten danach.

Grosse Unterschiede zwischen den Städten

Nicht alle Städte sind gleich betroffen. Einen besonders starken Anstieg der Jugend- und Altersquotienten verzeichnen kleine Städte mit weniger als 10'000 Einwohner und Einwohnerinnen, was in diesen Städten bis 2060 zu einem Ausgabenanstieg von durchschnittlich +12 % der Einnahmen führt. Stark betroffen sind auch italienischsprachige Städte: Hier steigt die Ausgabenquote um +20 Prozentpunkte, verursacht durch Geburtenrückgang, Abwanderung der Erwerbsbevölkerung und eine starke Zunahme der über 65-Jährigen. Durch den Ausgabenanstieg steigen auch die Schuldenquoten der 133 Städte. Im Durchschnitt nehmen die Schulden bis 2040 um +17 % der Einnahmen und bis 2060 um +93 % zu. In einzelnen kleineren Städten sogar bis zu +500 %. Gründe dafür sind nicht nur die demografische Entwicklung, sondern auch institutionelle Rahmenbedingungen wie unterschiedlich geregelte Pflegefinanzierungen auf kantonaler Ebene.

Handlungsbedarf frühzeitig erkennen, um Handlungsspielraum zu erhalten

Der Handlungsbedarf ist entsprechend hoch. In kleinen Städten müssten die Einnahmen ab 2025 um durchschnittlich 5 % angehoben werden, um die Schuldenquote stabil zu halten. Politische Massnahmen, geografische Restriktionen und raumplanerische Anpassungen sowie Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel bleiben entscheidende Einflussfaktoren. Handlungsempfehlungen zielen auf frühzeitiges Erkennen des fiskalischen Handlungsbedarfs und Nutzung langfristiger Steuerungsmöglichkeiten. Auf der Ausgabenseite könnten etwa Pflege-Wohngemeinschaften, altersgerechter Wohnbau oder interkommunale Kooperationen helfen, die Kostendynamik zu dämpfen. Einnahmenseitig wären Instrumente wie ein Generationenvorsorgefonds denkbar. Die Studie liefert somit eine fundierte Grundlage für eine vorausschauende, nachhaltige Finanzpolitik auf kommunaler Ebene.

Fazit

Der demografische Wandel trifft Städte unterschiedlich, insgesamt mit zunehmender Wucht. Eine vorausschauende, nachhaltige Finanzpolitik ist wichtig, um den Handlungsspielraum auch langfristig zu erhalten. Die Studie liefert den Städten dafür eine erste Einschätzung und fordert zur aktiven Auseinandersetzung mit der langfristigen Zukunft ihrer Finanzen auf.

1 Einleitung

Langfristperspektiven – ein Baustein für eine nachhaltige Finanzpolitik

Wie wird es um die öffentlichen Finanzen in der Schweiz im Jahr 2060 stehen? Auf Ebene Bund, Kantonen und Gemeinden? Diese Frage beantworten die «Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024» des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD). Die Langfristperspektiven des EFD projizieren die öffentlichen Finanzen – Einnahmen und Ausgaben – weit in die Zukunft. Auch wenn die Annahmen für die Projektionen mit grossen Unsicherheiten behaftet sind, zeigen die Langfristperspektiven mögliche zukünftige Herausforderungen. Die Kenntnis künftiger Herausforderungen ermöglicht ein frühzeitiges Handeln und die Gestaltung einer nachhaltigen, verlässlichen Finanzpolitik.

Langfristperspektiven für 133 Städte

Die Langfristperspektiven des EFD projizieren die Einnahmen und Ausgaben neben dem Bund für das Aggregat aller Kantone, das Aggregat aller Gemeinden und die Sozialversicherungen. Im Fokus der Langfristperspektiven steht der Einfluss der demografischen Entwicklung – insbesondere die Alterung der Bevölkerung – auf die öffentlichen Finanzen. Die Alterung wird die öffentlichen Finanzen auf allen Ebenen – Bund, Kanton, Gemeinden und Sozialversicherungen – vor grosse Herausforderungen stellen. So steigt bspw. für das Aggregat aller Gemeinden die Schuldenquote deutlich an. Die Langfristperspektiven geben aber keine Auskunft darüber, wie einzelne Städte von der Alterung betroffen sind. Die demografische Ausgangslage und auch die demografische Entwicklung sind von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Es stellt sich also die Frage, wie die Stadtfinanzen in Abhängigkeit ihrer demografischen Ausgangslage, der demografischen Entwicklung und weiteren Einflussfaktoren längerfristig betroffen sind.

Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (KSFD) hat diese Thematik aufgegriffen und die vorliegende EcoPlan-Studie initiiert. Die Fragen dieser Studie sind:

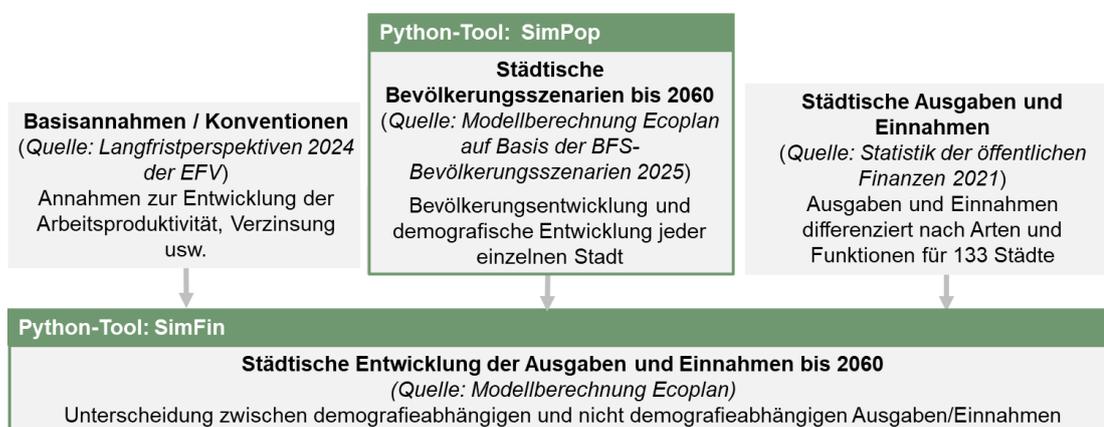
- Welche demografische Entwicklung zeigt sich für die 133 im Städteverband organisierten Städte
- Welches sind die wesentlichen Treiber der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen der Städte mit Fokus auf die demografische Entwicklung?
- Welche Städtegruppen (Städte gruppiert nach Grössenklassen, Sprachregion etc.) sind bzgl. ihrer öffentlichen Finanzen wie stark von der demografischen Entwicklung betroffen?
- Gibt es finanzpolitischen Handlungsbedarf und welche Handlungsspielräume bestehen?

Neben den nachfolgend thematisierten Herausforderungen der demografischen Entwicklung auf die Stadtfinanzen gibt es noch weitere Herausforderungen, die aber in dieser Studie nicht aufgegriffen werden: Bspw. die Ausgaben für den Klimaschutz, den Klimawandel, die finanziellen Belastungen der Städte aufgrund von Lastenverschiebungen auf Bundes- und Kantons-ebene oder zukünftige Entflechtungen von Aufgaben zwischen den institutionellen Ebenen.

Methodisches Vorgehen angelehnt an die Langfristsperspektiven des EFD

Die Basisannahmen und Konventionen für die Projektion der Finanzen für die 133 Städte sind grundsätzlich abgestimmt auf die «Langfristsperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024» des EFD (vgl. nachfolgende Abbildung 1-1). Für jede einzelne der 133 Städte werden – nach derselben Logik – Bevölkerungsszenarien bis ins Jahr 2060 berechnet.¹ Diese städtischen Bevölkerungsszenarien sind abgestimmt auf die Hypothesen des Referenzszenarios der aktuellen vom Bundesamt für Statistik erstellten «Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2025-2055». Für jede der 133 Städte werden die Ausgaben- und Einnahmenprojektionen – aufbauend auf der Statistik der öffentlichen Finanzen für das Jahr 2021 – bis zum Jahr 2060 projiziert.² Der Fokus liegt dabei auf dem Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Stadtfinanzen – es wird also unterschieden zwischen demografieabhängigen und nicht demografieabhängigen Ausgaben und Einnahmen.

Abbildung 1-1: Vorgehen für die Projektion der öffentlichen Finanzen für 133 Städte



Aufbau des Berichts

Im nachfolgenden Kapitel 2 werden kurz die «Langfristsperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024» des EFD vorgestellt. Die Methodik und die Resultate zu den städtischen Bevölkerungsszenarien sind im Kapitel 3 zu finden. Das Kapitel 4 zeigt, welche städtischen Einnahmen und Ausgaben demografieabhängig sind. Die Resultate zum Einfluss des demografischen Wandels auf die städtischen Finanzprojektionen sind in Kapitel 5 dargestellt. Im abschliessenden Kapitel 6 wird der Handlungsbedarf zusammengefasst und die Handlungsspielräume aufgezeigt.

Im vorliegenden Bericht werden nur die wesentlichsten Annahmen, Hypothesen und Resultate vorgestellt und diskutiert. Für Details wird auf den separaten technischen Bericht verwiesen.

¹ Die Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung werden mit dem von Ecoplan entwickelten Python-Tool «SimPop» erstellt.

² Die Projektionen der Ausgaben und Einnahmen für die 133 Städte wurden mit dem von Ecoplan entwickelten Python-Tool «SimFin» berechnet.

2 Basisannahmen und Konventionen

Die vorliegende Studie basiert methodisch auf den Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen des Bundes. Diese werden nachfolgend kurz vorgestellt (Kapitel 2.1). Im darauffolgenden Kapitel 2.2 werden dann die Basisannahmen und Konventionen für die vorliegende Studie dargelegt.

2.1 Langfristperspektiven des Bundes³

Das EFD projiziert in ihren «Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024» die Entwicklung der öffentlichen Finanzen für den Bund, das Aggregat der Kantone, der Gemeinden und der Sozialversicherungen. Die Einnahmen und Ausgaben der Statistik der öffentlichen Finanzen für das Jahr 2021 bilden dabei das Ausgangsjahr – das erste Projektionsjahr ist also das Jahr 2022. Die Projektionen werden bis ins Jahr 2060 erstellt und basieren auf den Bevölkerungsszenarien des Bundesamts für Statistik aus dem Jahr 2020.

Der Fokus der Langfristperspektiven 2024 liegt auf dem Einfluss des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen. Dementsprechend wird unterschieden in demografieabhängige und nicht demografieabhängige Einnahmen und Ausgaben. Für die demografieabhängigen Ausgaben werden spezifische Annahmen unterstellt: Bspw. beeinflusst die Entwicklung der Anzahl Kinder im Schulalter die Bildungsausgaben und die Entwicklung der älteren Bevölkerung die Gesundheitsausgaben und die Ausgaben für die Altersvorsorge. Neben diesen rein demografischen Einflussfaktoren wurden auch weitere kostentreibende Einflussfaktoren berücksichtigt.

Da es sich um Projektionen zukünftiger Entwicklungen handelt, sind diese mit Unsicherheiten behaftet. Die Ergebnisse der Langfristperspektiven 2024 sind daher im Sinne von «wenn-dann»-Hypothesen zu interpretieren: Wenn sich die Demografie und die Wirtschaft wie angenommen entwickeln, dann bedeutet dies für die öffentlichen Haushalte z. B. eine Zusatzbelastung aufgrund steigender Ausgaben für die AHV und das Gesundheitswesen.

Demografieabhängige Ausgabenquote nimmt zu

Die demografieabhängigen Ausgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen nehmen aufgrund der Alterung der Bevölkerung zu. Um die Zusatzbelastung abzuschätzen, werden diese demografieabhängigen Ausgaben ins Verhältnis zum BIP gesetzt. Eine Zunahme der Ausgabenquote gibt an, wie stark das jährliche BIP der Schweiz zusätzlich durch die Demografie belastet wird.

Gemäss den Langfristperspektiven 2024 des EFD nehmen die demografieabhängigen Ausgaben von 2021 bis 2040 von 17.2% auf 18.8% und bis 2060 auf 19.8% zu (vgl. Abbildung 2-1). Nur noch schwach steigende Schülerzahlen sind für die relativ geringe Zunahme bei der Ausgabenquote für Bildung verantwortlich – sie nimmt insbesondere ab 2040 nur noch wenig zu. Gemäss EFD haben die Sozialversicherungen mit 8.6% im Jahr 2021 die höchste

³ Vgl. dazu EFD (2024), Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024, Kapitel 2.

Ausgabenquote. Bis ins Jahr 2060 steigt sie weiter an auf 9.5%. Aus den Langfristperspektiven 2024 ergibt sich aber fast eine Verdoppelung bis 2060. Relativ betrachtet wachsen somit die Ausgaben für die Langzeitpflege aufgrund der alternden Bevölkerung und der steigenden Pflegekosten am stärksten.

Abbildung 2-1: Ausgabenquoten für die demografieabhängigen Ausgaben 2021, 2040 und 2060
(in % des BIP)

	2021	2040		2060	
	Quote	Quote	Differenz zu 2021	Quote	Differenz zu 2021
Demografieabhängiger Ausgabenbereich					
Sozialversicherungen (AHV/IV, weitere wie EL zu AHV/IV)	8.6%	9.4%	0.79%	9.5%	0.93%
Gesundheit	2.4%	2.8%	0.36%	3.1%	0.74%
Langzeitpflege	0.7%	0.9%	0.22%	1.3%	0.61%
Bildung	5.5%	5.7%	0.17%	5.7%	0.25%
Total aller Staatsebenen	17.2%	18.8%	1.64%	19.8%	2.56%
Staatsebenen					
Bund	3.9%	4.3%	0.41%	4.4%	0.53%
Sozialversicherungen (nur AHV/IV)	5.4%	6.0%	0.54%	6.2%	0.71%
Kantone	5.5%	6.0%	0.51%	6.5%	0.99%
Gemeinden	2.4%	2.5%	0.16%	2.7%	0.30%
Total aller Staatsebenen	17.2%	18.8%	1.64%	19.8%	2.56%

Quelle: EFD (2024), Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024, Tabellen 3 und 4.

Von allen Staatsebenen haben die Gemeinden mit 2.4% die tiefste demografieabhängige Ausgabenquote im Jahr 2021. Die Langfristperspektiven 2024 berechnen einen Anstieg bis 2060 um +0.3% auf 2.7%, was einer prozentualen Zunahme der Ausgabenquote von rund 13% entspricht. Dies ist nur leicht geringer als die durchschnittliche prozentuale Zunahme von 15% über alle Staatsebenen. Gemäss Langfristperspektiven 2024 ist die Zunahme der demografieabhängigen Ausgabenquote für das Aggregat aller Gemeinden bis 2040 vor allem auf die steigenden Bildungsausgaben und bis 2060 auf die stark steigenden Ausgaben für die Langzeitpflege zurückzuführen.

Steigende Schuldenquote

Die Schuldenquote wird in der Langfristperspektive als Bruttoschuld im Verhältnis zum BIP ausgedrückt. Diese nimmt gemäss den Langfristperspektiven 2024 bis ins Jahr 2060 für alle Staatsebenen zu (vgl. Abbildung 2-2). Bis 2040 ergibt sich für den Bund, die Sozialversicherungen und die Kantone noch eine leicht rückläufige Schuldenquote. Dies aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung, der tiefen Zinsen, der Gewinnausschüttungen der Nationalbank und weiteren Faktoren. Die Schuldenquote der Gemeinden steigt demnach von 6.2% im Jahr 2021 auf 14% im Jahr 2060. Verantwortlich dafür sei primär die Entwicklung der Ausgaben für

die Langzeitpflege. Für die Periode bis 2040 spielen zudem die steigenden Bildungsausgaben eine Rolle.

Abbildung 2-2: Schuldenquoten 2021, 2040 und 2060 (in % des BIP)

	2021	2040		2060	
	Quote	Quote	Differenz zu 2021	Quote	Differenz zu 2021
Staatsebenen					
Bund	13.5%	12.4%	-1.10%	15.1%	1.56%
Sozialversicherungen (nur AHV/IV)	0.0%	-0.6%	-0.62%	9.5%	9.46%
Kantone	7.5%	5.2%	-2.30%	18.4%	10.90%
Gemeinden	6.2%	8.0%	1.80%	14.3%	8.02%
Total aller Staatsebenen	27.1%	20.1%	-6.99%	47.5%	20.41%

Quelle: EFD (2024), Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024, Tabelle 5.

Zunehmende Fiskallücke

Die Fiskallücke gibt an, in welchem Umfang annahmegemäss ab 2028 dauerhafte Einsparungen, Beitrags- oder Steuererhöhungen notwendig sind, damit die Schuldenquote bis 2060 auf dem Niveau des Basisjahres 2021 stabilisiert werden kann und die Finanzpolitik demgemäss nachhaltig wäre. Die Fiskallücke des Staates beträgt knapp 0.7 Prozent des BIP (rund 5.2 Mrd. CHF) bei einem Konsolidierungsbeginn im Jahr 2028. Für das Aggregat aller Gemeinden beträgt die Fiskallücke gemäss den Langfristperspektiven des Bundes 0.27 Prozent des BIP oder rund 2.1 Mrd. CHF.

Abbildung 2-3: Fiskallücke = jährlicher Konsolidierungsbedarf 2028 bis 2060 (in % des BIP)

Staatsebene	Jährlicher Konsolidierungsbedarf unter der Annahme einer konstanten Schuldenquote
Bund	0.05%
Sozialversicherungen (nur AHV/IV)	0.32%
Kantone	0.35%
Gemeinden	0.27%
Staat	0.68%

Quelle: EFD (2024), Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024, Tabelle 6.

Exkurs: Einfluss veränderter Annahmen auf die Resultate – Sensitivitätsanalyse

Wie stark werden die Resultate der Langfristperspektiven 2024 von den Annahmen beeinflusst? Die nachfolgende Abbildung 2-4 zeigt im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse den Einfluss veränderter Annahmen auf die demografieabhängige Ausgabenquote, die Schuldenquote und die Fiskallücke. Wie oben ausgeführt rechnen die Langfristperspektiven 2024 bei den Gemeinden mit einem Anstieg der demografieabhängigen Ausgabenquote um +0.3 % bis zum Jahr 2060 (von 2.4 % auf 2.7 % des BIP), die Schuldenquote nimmt von 6.2 % auf 14.3 % des BIP zu und die Fiskallücke beträgt 0.27 % des BIP.

Bei einer Verdopplung der demografieabhängigen Ausgaben von +0.3% auf +0.6% des BIP bis ins Jahr 2060, würde sich die Schuldenquote von 14.3 % auf 21.2 % des BIP erhöhen und die Fiskallücke von

0.27 % auf 0.51 % des BIP zunehmen. Ein um 0.8 % *tieferer Realzins* würde die Schuldenquote im Jahr 2060 von 14.3 % auf 11.7 % des BIP senken. Bei einem um 0.5 % *höheren jährlichen Wirtschaftswachstum* würde die Schuldenquote von 14.3 % auf 12.7 % des BIP sinken.

Einen grossen Einfluss auf die Resultate hat das Defizit (oder der Überschuss) aus den Einnahmen und Ausgaben im Ausgangsjahr 2021. Hat eine Stadt ein grosses Defizit im Ausgangsjahr, dann fällt dieses Defizit auch in allen Folgejahren an und erhöht die Schuld. Würde bspw. das Defizit im Ausgangsjahr rund 10 % der Einnahmen betragen – was durchaus im Rahmen einiger Städte liegt –, so würde die Schuldenquote bis 2060 von 14.3 % auf sehr hohe 43.3 % des BIP zunehmen.

Fazit für die Resultatdarstellung in dieser Studie: Die Ausgangslage im Jahr 2021 ist bzgl. Defizit und Überschüssen von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich und teilweise auch zufällig aufgrund von bspw. in diesem Ausgangsjahr wirksamen Sondereffekten bei den Einnahmen oder den Ausgaben. Defizite oder Überschüsse im Ausgangsjahr wurden konsolidiert, d.h. Defizite und Überschüsse im Ausgangsjahr werden also nicht weiter fortgeschrieben. Damit ein Vergleich unter den Städten sinnvoll wird, konzentrieren wir uns also ausschliesslich auf die Entwicklung der demografiebedingten Ausgabenquote und die demografiebedingten Auswirkungen auf die Schuldenquote und die Fiskallücke.

Die demografiebedingten Auswirkungen auf die Stadtfinanzen sind besser verständlich, wenn sie als Prozent der Einnahmen ausgedrückt werden – und nicht als Prozent des BIP. Im Folgenden werden wir als Bezugsgrösse die demografische Ausgabenquote, die Schuldenquote und die Fiskallücke in Prozent der städtischen Einnahmen rapportieren.

Abbildung 2-4: Einfluss veränderter Annahmen auf die Resultate der Langfristperspektive 2024⁴

	Langfristperspektiven 2024 des Bundes		Einfluss veränderter Annahmen (Sensitivität)			
	2021	2060	Verdopplung der zusätzlichen demografieabhängigen Ausgaben (statt +0.3%, neu +0.6% des BIP)	Tieferer Realzins für Gemeinden auf Niveau Bund (-0.8%)	Höheres Wirtschaftswachstum (+0.5%/Jahr)	Zusätzliches Defizit im Ausgangsjahr 2021 (+10% der Gesamteinnahmen)
			2060	2060	2060	2060
Einflussfaktoren auf Ausgaben-, Schuldenquote und Fiskallücke						
demografieabh. Ausg. 2060		+0.3 BIP%	+0.6 BIP%	+0.3 BIP%	+0.3 BIP%	+0.3 BIP%
durchschn. Realzinssatz		1.80%	1.80%	0.80%	1.80%	1.80%
Wachstumsrate Arbeitsprod.		1.20%	1.20%	1.20%	1.70%	1.20%
Defizit 2021 in % Einnahmen		0.27%	0.27%	0.27%	0.27%	10.27%
Auswirkung geänderter Einflussfaktoren auf Ausgaben-, Schuldenquote und Fiskallücke						
demografieabhängige Ausgabenquote						
in BIP%	2.40%	2.70%	3.00%	2.70%	2.70%	2.70%
in % Einnahmen	34.0%	38.2%	42.4%	38.2%	38.2%	38.2%
Schuldenquote						
in BIP%	6.20%	14.3%	21.2%	11.7%	12.7%	43.3%
in % Einnahmen	88%	202%	300%	166%	180%	613%
Fiskallücke						
in BIP%		0.27%	0.51%	0.21%	0.24%	1.26%
in % Einnahmen		3.9%	7.2%	2.9%	3.3%	17.8%

⁴ Bei der Sensitivitätsanalyse handelt es sich um eine grobe Berechnung, die auf vereinfachten Annahmen basiert.

2.2 Basisannahmen und Konventionen für die vorliegende Studie

Für die vorliegende Studie gelten grundsätzlich die Annahmen und die Berechnungsmethodik, welche auch den Langfristperspektiven 2024 des Bundes zugrunde liegen. Die Annahmen zur längerfristigen makroökonomischen Entwicklung entsprechen denn auch weitgehend den Vorgaben der Langfristperspektiven 2024 (vgl. Abbildung 2-5). Abweichend von den Langfristperspektiven 2024 des Bundes wurden in der vorliegenden Studie die Hypothesen der aktuellen Bevölkerungsszenarien des Bundesamts für Statistik verwendet.⁵

Abbildung 2-5: Annahmen der Langfristperspektiven 2024 und der vorliegenden Studie

Indikator	Langfristperspektiven 2024 des Bundes	Vorliegende Studie	Periode
Hypothesen des Bevölkerungsentwicklung ¹⁾	Referenzszenario BFS 2020 für Kantone	Referenzszenario BFS 2025 für 133 Städte ⁶	2020-2050 bzw. 2025-2055
Basisjahr für die öffentlichen Finanzen		2021 ⁵⁾	
Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität ²⁾		1.20%	2033-2060
Langfristiger Realzins für Städte ³⁾		2.20%	2028-2060
Durchschnittlicher Realzins für Städte ⁴⁾		1.80%	2028-2060

¹⁾ Vorliegend wurden die Bevölkerungsszenarien bis 2060 mit den ab 2055 konstant gehaltenen Hypothesen berechnet.

²⁾ Die Annahmen der Arbeitsproduktivität für die Jahre vor 2033 entsprechen den Annahmen der Langfristperspektiven 2024.

³⁾ Entspricht dem langfristigen Realzins für den Bund von 1.4% plus einem Zuschlag von 0.8%, den die Langfristperspektiven 2024 aus einer historischen Analyse abgeschätzt hat.

⁴⁾ Der durchschnittliche Realzins für die Neuverschuldung bei den Gemeinden/Städte ergibt sich aus dem langfristigen Realzins von 2.2% und einem kurzfristigen von 1.2%, wobei die Anteile langfristig bzw. kurzfristig 60% bzw. 40% betragen. Für die Berechnung der Zinslast wurde der von der EFD berechnete durchschnittliche Zinssatz für die jeweils bereits bestehende Schuld aus dem Vorjahr und die Neuverschuldung unterstellt. Dieser durchschnittliche Zinssatz nähert sich längerfristig den 1.8% an.

⁵⁾ Für die städtischen Langfristperspektiven wurde dasselbe Ausgangsjahr gewählt wie für die Langfristperspektiven 2024 des Bundes.

Die wichtigsten Annahmen zur Projektion der demografieabhängigen Ausgaben können wie folgt zusammengefasst werden (für die Details wird auf den technischen Bericht verwiesen):

- **Bildung:** Bei der Bildung sind die städtischen Ausgaben für die obligatorische Schule dominierend. Analog zu den Langfristperspektiven 2024 entwickeln sich die städtischen Bildungsausgaben gemäss der Arbeitsproduktivität, weil die Löhne der Lehrerschaft zunehmen, und mit den Schülerzahlen, weil eine steigende Anzahl Schülerinnen und Schüler bei gleichem Betreuungsverhältnis auch zu entsprechend höheren Kosten führt. Weiter wurde im Rahmen einer historischen Analyse für die Jahre 2000 bis 2022 festgestellt, dass die

⁵ BFS (2025) Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone, 2025-2055.

tatsächlich beobachteten städtischen Bildungsausgaben deutlich stärker stiegen als eine hypothetische Projektion unter den obigen Annahmen. Ein Teil kann erklärt werden mit der Verbreitung von Tagesstrukturen und Tageschulen, der Einführung des für alle Kantone obligatorisch erklärten zweiten Kindergartenjahrs oder der Abschaffung der Sonderschulbeiträge der Invalidenversicherung (IV) im Rahmen der Neuregelung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA). Für die stark gestiegenen städtischen Bildungsausgaben gibt es aber noch andere Gründe, wie bspw. ein erhöhter Betreuungsaufwand, der auch in Zukunft die Bildungsausgaben belasten könnte. Ergänzend zu den Annahmen der Langfristperspektiven 2024 des Bundes wurde für die städtischen Bildungsausgaben aufgrund der weiteren Verbreitung von Tagesstrukturen und Tageschulen sowie einem weiterwachsenden Betreuungsaufwand ein moderates zusätzliches Wachstum von 0.6% pro Jahr bis 2040 und 0.3% bis 2060 unterstellt.

- **Langzeitpflege:** Im Gesundheitsbereich sind die Städte insbesondere mit mittel- und langfristig stark wachsenden Ausgaben für die Langzeitpflege konfrontiert. Die wesentlichen Faktoren, welche zu diesen stark wachsenden Ausgaben führen, sind Folgende:
 - Die Anzahl der potenziell pflegebedürftigen Personen wird mit der Bevölkerungsalterung zunehmen. Als Indikator für den Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Personen haben wir die steigende Anzahl der über 75-Jährigen gewählt.
 - Ein weiterer kostentreibender Faktor sind die steigenden Löhne. Weiter ist bekannt, dass die Teuerung in der Pflege höher ist als die allgemeine Teuerung, weil die Produktivität in der Pflege nicht im selben Ausmass steigt wie in der übrigen Wirtschaft. Analog zu den Langfristperspektiven 2024 gehen wir davon aus, dass die Teuerung bei den Pflegeleistungen 75% über der allgemeinen Teuerung liegt.

Neben den oben beiden beschriebenen Haupteffekten wurden noch viele weitere demografieabhängige Ausgaben und Einnahmen wie bspw. der Schulgesundheitsdienst oder die individuelle Prämienverbilligung oder die Ergänzungsleistungen der AHV berücksichtigt. Auch für diese demografieabhängigen städtischen Ausgaben und Einnahmen wurden spezielle Annahmen für die Fortschreibung getroffen (vgl. dazu den technischen Bericht). Einzelne Städte haben auch Ausgaben für Spitäler. Eine allgemein gültige Annahme zum Wachstum dieser Spitalausgaben kann nicht gemacht werden – es wäre eine Einzelfallbetrachtung nötig. Daher wurde das demografiebedingte Ausgabenwachstum der Spitäler nicht berücksichtigt.

3 Städtische Bevölkerungsentwicklung bis 2060

Der Fokus der vorliegenden Studie liegt auf der Analyse des Einflusses der demografischen Entwicklung auf die Finanzen der Städte. Von der Demografie abhängig sind vor allem die städtischen Ausgaben für die Langzeitpflege (Gesundheit) und die obligatorische Schule (Bildung). Diese Ausgaben sind stark geprägt von der Anzahl Personen, für welche diese Leistungen erbracht werden – also durch die Anzahl älterer Personen mit hohen Ausgaben für die Langzeitpflege und den Kindern im Schulalter mit Ausgaben für die obligatorische Schule.

Für die Fortschreibung dieser demografieabhängigen Ausgaben braucht es somit eine Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung und deren Altersstruktur für jede einzelne der analysierten 133 Städte. Dazu wurde für die Jahre 2024 bis 2060 die städtische Bevölkerungsentwicklung mit einem Modell geschätzt, welches auch das Bundesamt für Statistik für ihre Bevölkerungsszenarien benutzt.

3.1 Vorgehen und Annahmen für die städtischen Bevölkerungsszenarien

Für jede einzelne Stadt wird mit einem Kohorten-Komponenten-Modell die Bevölkerungsentwicklung simuliert. Dazu wurde des Simulationstool «**SimPop**» entwickelt, welches genau gleich funktioniert wie das Modell des Bundesamts für Statistik (BFS) zur Erstellung der Schweizer und kantonalen Bevölkerungsszenarien.

Die städtischen Szenarien gehen vom tatsächlichen Bevölkerungsstand im Jahr 2024 aus. Während das BFS die Bevölkerungsszenarien bis 2055 erstellt, erstreckt sich der Zeitraum für die vorliegenden städtischen Szenarien bis zum Jahr 2060. Es wird davon ausgegangen, dass in den Jahren 2056 bis 2060 die gleichen Annahmen gelten, wie im Jahr 2055. Grundsätzlich werden die Annahmen des BFS für die Kantone übernommen. Für die Sterberaten und Einbürgerungsziffern werden die Annahmen für die Kantone direkt auf die Städte übertragen. Für die restlichen Wachstumstreiber werden die kantonalen Annahmen auf die Städte angepasst:

- **Fertilitätsrate:** Die Fertilitätsrate eines Kantons kann nicht direkt auf die jeweiligen Städte übertragen werden. Denn einerseits weichen die Fertilitätsraten der Frauen, die in Städten wohnen, zum Teil recht stark vom kantonalen Durchschnitt ab. Andererseits weicht auch die Bevölkerungsstruktur hinsichtlich der Staatsangehörigkeit in vielen Städten vom kantonalen Durchschnitt ab. Letzteres wirkt sich auf die Fertilitätsraten aus, da Frauen mit Migrationshintergrund im Schnitt mehr Geburten verzeichnen. Aus diesen Gründen wurde basierend auf den historischen Daten (Geburtenzahlen, Bevölkerungsstand differenziert nach Staatsangehörigkeit und Alter) ein Korrekturfaktor für alle Städte und Restgemeinden ermittelt. Dieser Korrekturfaktor wird mit der Geburtenziffer aus dem kantonalen Referenzszenario multipliziert.
- **Wanderungsbewegungen:** Bei den Wanderungsbewegungen werden neben der internationalen und interkantonalen auch die intrakantonale Migration berücksichtigt – letztere zusätzlich zum kantonalen Referenzszenario:
 - **Internationale Wanderung:** Für die internationale Migration werden die Annahmen des Referenzszenarios «A-00-2025» übernommen und proportional zur Bevölkerungsverteilung auf die Städte eines Kantons aufgeteilt. Lebt beispielsweise 15 % der Kantonsbevölkerung in einer bestimmten Stadt, wird angenommen, dass auch 15 % der internationalen Zu- und Abwanderung auf diese Stadt entfallen.
 - **Interkantonale Wanderung:** Für die interkantonale Wanderung werden die Annahmen gemäss des Referenzszenario «A-00-2025» auf kantonaler Ebene übernommen. Die Verteilung der interkantonalen Zu- und Abwanderung auf die Städte innerhalb des Kantons erfolgt anhand der durchschnittlichen interkantonalen Wanderungsbewegungen der Jahre 2014 bis 2023. Sind in der Vergangenheit 1000 Personen in einen Kanton

zugewandert und davon 5% in die Stadt, so wird angenommen, dass auch in allen künftigen Jahren 5% aller interkantonal zugewanderten Personen in die Stadt einwandern.

- **Intrakantonale Wanderung:** Auch die Wanderungsbewegungen innerhalb eines Kantons stützen sich auf historische Daten. Für jede Stadt wird berechnet, wie viele Personen im Durchschnitt jährlich innerhalb des Kantons dorthin gezogen sind. Es wird angenommen, dass sich diese Anteile auch bis 2060 im gleichen Verhältnis wie im Zeitraum 2014 bis 2023 entwickeln.

3.2 Resultate der städtischen Bevölkerungsszenarien

Vorbemerkung zur Resultatinterpretation der städtischen Bevölkerungsszenarien

Die Szenarienrechnungen für die 133 Städte basieren auf den kantonalen Bevölkerungsszenarien 2025 des Bundesamts für Statistik. Die grosse Unbekannte ist die künftige Wanderungsbewegung in und aus den Städten. Wir haben hier die in den letzten 10 Jahren beobachtete städtische Wanderungsbewegung bis ins Jahr 2060 fortgeschrieben – immer unter Beachtung der von den kantonalen Bevölkerungsszenarien 2025 vorgegebenen kantonalen Werten. Bei einzelnen Städten ergibt sich mit diesen Annahmen eine wenig wahrscheinliche Entwicklung: Bspw. würden einige Städte relativ stark schrumpfen und bis 2060 beinahe zu einer reinen «Seniorenresidenz» mutieren. Solche Entwicklungen hätten einen grossen Einfluss auf den Wohnimmobilienmarkt: Die Miet- und Wohneigentumspreise würden sinken – was die Städte dann wieder attraktiver macht für Zuzüger. Auch in kleineren, touristisch geprägten Städten mit einem hohen Anteil touristischer Wertschöpfung zeigen die Berechnungen eine deutliche Abnahme der ständigen Wohnbevölkerung mit einer gleichzeitig starken Überalterung. Für einige kleinere Städte ergeben die Szenarienberechnungen eine Bevölkerungszunahme bis ins Jahr 2060 von über 50% im Vergleich zum Jahr 2024. Eine so hohe Bevölkerungszunahme würde schon früher an geografische Grenzen stossen und bräuchte raumplanerische Anpassungen. Solche raumplanerischen Anpassungen wurden im Rahmen der vorliegenden Szenarienrechnungen nicht berücksichtigt.

Fazit und Disclaimer: Die Szenarienrechnungen für die städtische Bevölkerungsentwicklung sind mit grosser Vorsicht zu interpretieren – marktliche wie auch politische Reaktionen auf die projizierte Bevölkerungsentwicklung bleiben unberücksichtigt. Zudem würden die Städte teils schon früher an geografische Grenzen stossen und es bräuchte raumplanerische Anpassungen. Trotzdem bieten die städtischen Bevölkerungsszenarien erstmals die Gelegenheit die Bevölkerungsentwicklung von 133 Städten, welche alle auf genau denselben Hypothesen und methodischen Grundlagen erstellt wurden, untereinander zu vergleichen.

Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur bis ins Jahr 2060

Abbildung 3-1 zeigt den Bevölkerungsstand, den Jugend- und Altersquotienten in den beiden Jahren 2024 und 2060 sowie die Veränderung zwischen 2024 und 2060. Der Jugendquotient gibt das Verhältnis der bis 19-Jährigen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20–64 Jahre) an, der Altersquotient jenes der ab 65-Jährigen im Verhältnis zur Bevölkerung im

erwerbsfähigen Alter. In der Abbildung rot hervorgehoben, bedeutet dass der Jugend- bzw. Altersquotienten zwischen den Jahren 2024 und 2040 bzw. 2060 zunimmt. Blau unterlegt sind abnehmende Jugend- bzw. Altersquotienten. Die Abbildung 3-1 zeigt die Veränderung der Gesamtbevölkerung und des Jugend- und Altersquotienten für Städte gruppiert nach Grössenklassen Einwohnerzahl und Sprachregionen.

Die Städte weisen bereits im Ausgangsjahr 2024 grosse demografische Unterschiede auf. Ein Vergleich der Jahre 2024 und 2060 zeigt, dass sich die Bevölkerungsstruktur der 133 Städte sehr unterschiedlich entwickelt. Einige Städte verzeichnen einen Rückgang, andere ein Wachstum von über 50%.

Auffällig ist, dass sich das Wachstum stark nach Stadtgrösse unterscheidet. Die kleinsten Städte mit weniger als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen im Schnitt nur um 2%. Das ist deutlich unter dem schweizweiten Wachstum von 18%. Innerhalb der Kleinstädte ist die Entwicklung sehr unterschiedlich: Peripher gelegene Städte verlieren deutlich an Bevölkerung, während zentralere Orte stark wachsen. Gleichzeitig steigt der Altersquotient in diesen kleinen Städten im Schnitt um 19%, in abgelegenen Regionen sogar noch stärker.

Kleinere Städte mit 10'000 bis 50'000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnen ein deutlich höheres Wachstum von durchschnittlich 15% bis 21%. Mittलगrosse Städte mit 50'000 bis 100'000 Einwohner wachsen im Schnitt um 14% bis 16%, was leicht unter dem Schweizer Durchschnitt liegt.

In den grössten Städten mit über 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner (Basel, Bern, Genf, Lausanne, Winterthur, Zürich) ist das Bevölkerungswachstum geringer. Die Entwicklung in den Grossstädten ist geprägt durch die Zuwanderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dadurch fällt der Anstieg des Altersquotienten vergleichsweise gering aus.

Auch die unterschiedliche Entwicklung in den Sprachregionen ist auffällig: Während die Bevölkerung in den französisch- und deutschsprachigen Städten um 19% bzw. 18% wächst, sinkt sie in den italienischsprachigen Städten um 1%. Hauptgründe dafür sind ein starker Geburtenrückgang und die Abwanderung der Erwerbsbevölkerung. Der Jugendquotient steigt trotz rückläufiger Geburten. Grund dafür ist die Abwanderung der erwerbsfähigen Altersgruppe, die stark ins Gewicht fällt.

Abbildung 3-1: Bevölkerung, Jugendquotient, Altersquotient 2024, 2040 für Städtegruppen

Einwohnerzahl	Anzahl Städte	Bevölkerung (in T Einw.)			Jugendquotient			Altersquotient		
		2024	2040	Δ	2024	2040	Δ	2024	2040	Δ
< 10'000	10	67	68	2%	29%	30%	1.0%	40%	53%	13.4%
10'000-14'999	42	513	580	21%	32%	32%	-0.3%	35%	41%	6.4%
15'000-19'999	29	503	554	15%	31%	30%	-0.4%	37%	42%	4.9%
20'000-49'999	42	1'224	1'368	20%	30%	30%	0.0%	32%	37%	4.6%
50'000-99'999	4	283	307	14%	27%	28%	0.9%	33%	38%	5.3%
>=100'000	6	1'217	1'342	16%	26%	27%	0.6%	25%	28%	2.7%
Alle 133 Städte	133	3'808	4'219	11%	29%	29%	0.2%	31%	35%	4.3%
CH		8'962	9'973	18%	31%	32%	0.3%	34%	41%	7.0%

Sprachregion	Anzahl Städte	Bevölkerung (in T Einw.)			Jugendquotient			Altersquotient		
		2024	2040	Δ	2024	2040	Δ	2024	2040	Δ
Französisch	36	1'051	1'163	19%	30%	31%	1.2%	28%	33%	4.8%
Deutsch	93	2'625	2'920	18%	28%	28%	-0.2%	32%	35%	3.8%
Italienisch	4	132	136	-1%	28%	29%	1.3%	40%	55%	14.7%
CH		8'962	9'973	18%	31%	32%	0.3%	34%	41%	7.0%

Abbildung 3-2: Bevölkerung, Jugendquotient, Altersquotient 2024, 2060 für Städtegruppen

Einwohnerzahl	Anzahl Städte	Bevölkerung (in T Einw.)			Jugendquotient			Altersquotient		
		2024	2060	Δ	2024	2060	Δ	2024	2060	Δ
< 10'000	10	67	68	2%	29%	31%	1.9%	40%	59%	18.9%
10'000-14'999	42	513	623	21%	32%	32%	0.1%	35%	47%	12.4%
15'000-19'999	29	503	580	15%	31%	30%	-0.1%	37%	47%	10.7%
20'000-49'999	42	1'224	1'464	20%	30%	31%	0.3%	32%	42%	10.2%
50'000-99'999	4	283	323	14%	27%	28%	1.9%	33%	43%	10.0%
>=100'000	6	1'217	1'416	16%	26%	27%	0.7%	25%	33%	7.7%
Alle 133 Städte	133	3'808	4'475	18%	29%	29%	0.5%	31%	41%	9.8%
CH		8'962	10'583	18%	31%	32%	0.6%	34%	46%	12.4%

Sprachregion	Anzahl Städte	Bevölkerung (in T Einw.)			Jugendquotient			Altersquotient		
		2024	2060	Δ	2024	2060	Δ	2024	2060	Δ
Französisch	36	1'051	1'247	19%	30%	31%	0.8%	28%	38%	10.2%
Deutsch	93	2'625	3'096	18%	28%	29%	0.3%	32%	41%	9.3%
Italienisch	4	132	131	-1%	28%	30%	2.0%	40%	63%	22.2%
CH		8'962	10'583	18%	31%	32%	0.6%	34%	46%	12.4%

4 Demografieabhängigkeit der städtischen Finanzen

Die Statistik der öffentlichen Finanzen zeigt für jede Stadt die Einnahmen und Ausgaben gegliedert nach Arten und Funktionen.⁷ Gemäss den Annahmen der Langfristperspektiven 2024 unterscheiden wir zwischen demografieabhängigen und nicht demografieabhängigen Ausgaben und Einnahmen. Demografieabhängige Ausgaben und Einnahmen umfassen all

⁷ Die Gliederung nach Funktionen beschreibt, welchem Aufgabengebiet der öffentlichen Verwaltung (bspw. Bildung, Gesundheit usw.) eine Ausgaben- oder Einnahmenposition zuzuordnen ist. Die Gliederung nach Arten entspricht dem Kontenplan gemäss harmonisiertem Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2).

diejenigen Funktionen, die am stärksten vom demografischen Wandel betroffen sind. Die demografieabhängigen Ausgaben und Einnahmen sind Folgende:

- *Bildung*: Obligatorische Schule, Sekundarschule II (Berufsbildung, Gymnasium und Fachmittelschulen)
- *Gesundheit*: Langzeitpflege, ambulante Krankenpflege und Schulgesundheitsdienst
- *Soziale Wohlfahrt*: Städtische Beiträge im Rahmen der Ergänzungsleistung AHV und der individuellen Prämienverbilligung

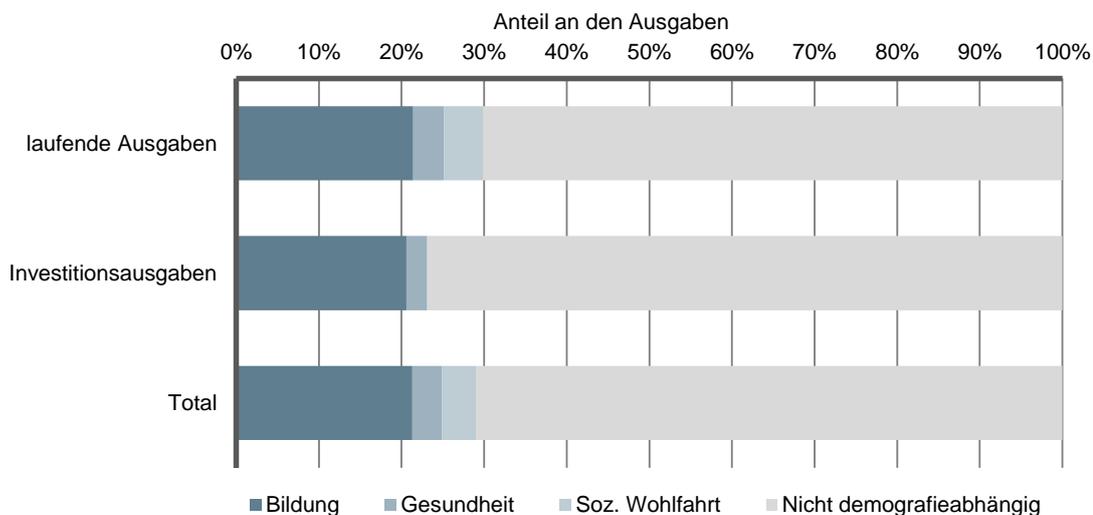
Alle restlichen Ausgaben oder Einnahmen in diesen drei Aufgabengebieten sind nicht oder nur wenig vom demografischen Wandel betroffen.

Vom **Total aller Ausgaben** sind in den 133 Städten 29% demografieabhängig (vgl. Abbildung 4-1). Die nicht demografieabhängigen Ausgaben haben demnach einen Anteil von 71% am Total aller Ausgaben.

Im Jahr 2021 sind die **laufenden Ausgaben** der 133 Städte zu rund 30% demografieabhängig – dabei ist die Bildung mit rund 21% am bedeutendsten. Von den Bildungsausgaben machen die Ausgaben für die obligatorische Schule mit rund 20% aller laufenden Ausgaben den grössten Teil aus. Die Gesundheit ist mit 4% (noch) auf relativ tiefem Niveau. Die Langzeitpflege, welche aufgrund der alternden Bevölkerung noch ansteigen wird, macht im Jahr 2021 2% aller Ausgaben aus. Der Ausgabenanteil für die soziale Wohlfahrt liegt bei rund 5%.

Die **Investitionsausgaben** sind zu rund 23% demografieabhängig. Auch hier macht die Bildung mit rund 21% den höchsten Anteil aus, wobei fast sämtliche Investitionsausgaben auf die obligatorische Bildung zurückzuführen sind.

Abbildung 4-1: Demografieabhängige Ausgaben für 133 Städte im Jahr 2021



Ausgaben [Mio. CHF]	Total	Demografieabhängig			Nicht demografieabhängig	
		Total	Bildung	Gesundheit		Soz. Wohlfahrt
laufende Ausgaben	28'177	8'416	6'033	1'050	1'333	19'762
Investitionsausgaben	4'123	955	849	104	2	3'168
Total	32'301	9'371	6'882	1'154	1'335	22'930
Ausgaben [%]						
laufende Ausgaben	100%	30%	21%	4%	5%	70%
Investitionsausgaben	100%	23%	21%	3%	0%	77%
Total	100%	29%	21%	4%	4%	71%

5 Städtische Finanzprojektionen bis 2060

Im Folgenden wird das Vorgehen und die Annahmen für die städtischen Finanzprojektionen kurz erläutert. Anschliessend werden die Resultate diskutiert, um einerseits die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die städtischen Finanzen und den Anstieg der Schuldenquote zu erklären. Dabei wird zuerst erläutert, wie sich die demografieabhängigen Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen (Ausgabenquote) aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und weiteren kostentreibenden Faktoren verändern. Die Schuldenquote wird in Prozent der Einnahmen ausgedrückt. Dabei werden die jährlichen Defizite oder Überschüsse, die aus den demografieabhängigen Ausgaben entstehen, jeweils bis 2040 bzw. 2060 mitgetragen und verzinst. Anhand der Fiskallücke wird ferner aufgezeigt, in welchem Ausmass die Einnahmen jährlich erhöht werden müssen oder inwiefern Ausgabeneinsparungen notwendig sind, um die Schuldenquote in Prozent der Einnahmen ab dem Jahr 2024 konstant zu halten.

5.1 Vorgehen und Annahmen für die städtischen Finanzprojektionen

Die Finanzprojektionen für die 133 Städte basieren auf den Finanzrechnungen des Jahres 2021 sowie auf der in Kapitel 4 erläuterten Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben nach ihrer Abhängigkeit von der demografischen Entwicklung. Für alle Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Jahr 2021 werden jährlich Annahmen getroffen, wie sich die Positionen bis 2060 entwickeln: Bspw. wird für das Fortschreiben der laufenden Ausgaben im Bereich der obligatorischen Bildung basierend auf den Bevölkerungsszenarien berechnet, wie sich die Anzahl der 4 bis 15-jährigen Kinder in jeder Stadt jährlich verändert. Die Ausgaben im Jahr 2021 werden jährlich mit der Veränderung der Anzahl Schulkinder multipliziert. Somit steigen die Ausgaben für die obligatorische Bildung an, wenn der Jugendquotient steigt. Weitere kostentreibende Faktoren in der obligatorischen Bildung sind die Löhne des Lehrpersonals. Ferner werden für einzelne Einnahmen und Ausgaben spezifische Annahmen getroffen, damit künftig steigende Einnahmen und Ausgaben pro Kopf berücksichtigt werden können. So wird zum Beispiel in der obligatorischen Bildung berücksichtigt, dass in Zukunft die Bildungsausgaben pro Kind u. a. aufgrund höherer Betreuungsverhältnisse und ausgebautem Tagesschulangebot ansteigen werden.

Alle übrigen nicht demografieabhängigen Einnahmen und Ausgaben werden mit dem städte-spezifischen Wirtschaftswachstum (BIP) fortgeschrieben und haben keinen Einfluss auf die demografiebedingte Ausgabenquote, die Schuldenquote oder die Fiskallücke. Ausserordentliche Einnahmen und Ausgaben im Basisjahr, etwa infolge der Corona-Pandemie, werden nicht berücksichtigt.

5.2 Resultate der städtischen Finanzprojektionen

Bevor auf die demografiebedingten Unterschiede zwischen den Städten eingegangen wird, ist zunächst auf die unterschiedliche Aufgabenteilung zwischen Städten und Kantonen hinzuweisen. Diese beeinflusst die Resultate der Finanzprojektionen wesentlich. So ist beispielsweise in den Städten des Kantons Waadt der Kanton für die Restfinanzierung der Langzeitpflege

zuständig. Deshalb gibt es in den entsprechenden städtischen Rechnungen keine entsprechenden Ausgaben und die demografische Alterung wirkt sich somit weniger stark auf die Finanzen der Städte im Kanton Waadt aus.

Die Finanzprojektionen zeigen insgesamt, dass die Ausgaben der Städte im Verhältnis zu ihren Einnahmen bis 2060 infolge des demografischen Wandels stark ansteigen werden. Vor allem ab dem Jahr 2040 ist wegen der demografischen Alterung mit einer verstärkten Zunahme der demografieabhängigen Ausgaben zu rechnen. Zwischen dem Jahr 2024 und 2040 steigt die demografiebedingte Ausgabenquote um zwei Prozent; bis ins Jahr 2060 um ganze sechs Prozent. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Städten beträchtlich.

Demografieabhängige Ausgabequoten für unterschiedliche Städtegruppen

In der Abbildung 5-1 sind die Städte nach der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Sprachregion in Gruppen eingeteilt. Die Gruppierung der Städte nach Einwohnerzahlen zeigt, dass die Städtegruppe mit weniger als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner (N = 10 Städte, 67 Tausend Einw.) den höchsten Anstieg der Ausgabenquote um +12 Prozentpunkte bis 2060 verzeichnen. Der Anstieg wird durch den deutlich überdurchschnittlichen Anstieg des Jugend- und des Altersquotienten getrieben (vgl. Kapitel 3.2, Abbildung 3-3). Ein steigender Jugendquotient bringt höhere Bildungsausgaben und ein höherer Altersquotient ist für die Zunahme der Ausgaben für Langzeitpflege und den Ergänzungsleistungen AHV verantwortlich. Auch in der Städtegruppe mit 50'000 bis 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner (N = 4 Städte, 283 Tausend Einw.) macht sich neben anderen kostentreibenden Faktoren der überdurchschnittliche Anstieg des Jugendquotienten in den städtischen Finanzen bemerkbar und lässt die Ausgabenquote um +10 Prozentpunkte bis ins Jahr 2060 steigen. Der Bildungsbeitrag steigt in der Städtegruppe mit 50'000 bis 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner um +4 Prozentpunkte bis 2060 und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Städte. Die Grossstädte (N = 6 Städte, 1'217 Tausend Einw.) sind deutlich weniger stark betroffen, da der Zuzug der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dazu führt, dass die Jugend- und Altersquotienten weniger stark ansteigen.

Die Gruppierung der Städte nach Sprachregionen zeigt markante Unterschiede zwischen den Sprachregionen. In den Städten der französischsprachigen Schweiz (N = 36 Städte, 1'051 Tausend Einw.) steigt die Ausgabenlast bis 2060 nur um rund +2% der Einnahmen an. In der deutschsprachigen Schweiz (N = 93 Städte, 2'625 Tausend Einw.) steigt die Ausgabenlast schon etwas stärker mit im Schnitt +7% der Einnahmen. Auffällig ist der Anstieg in den Städten der italienischsprachigen Schweiz (N = 4 Städte, 132 Tausend Einw.), wo sie aufgrund der demografischen Alterung bis 2060 im Schnitt um +20% der Einnahmen ansteigt.

Abbildung 5-1: Entwicklung der demografiebedingten Ausgaben 2024, 2040, 2060

		T Einwohner 2024	Demografiebedingte Ausgaben in % der Einnahmen					
			2024	2040	Δ40-24	2060	Δ60-24	
Alle 133 Städte		3'808	Total	29%	32%	2%	35%	6%
			Bildung	22%	22%	1%	24%	2%
			Gesundheit	3%	5%	1%	6%	3%
			Soziale Wohlfahrt	4%	5%	0%	5%	1%
Einwohnerzahl	Anzahl Städte	T Einwohner 2024	Demografiebedingte Ausgaben in % der Einnahmen					
			2024	2040	Δ40-24	2060	Δ60-24	
< 10'000	10	67	Total	28%	34%	6%	40%	12%
			Bildung	20%	22%	1%	25%	5%
			Gesundheit	3%	6%	3%	8%	5%
			Soziale Wohlfahrt	5%	6%	2%	7%	2%
10'000-14'999	42	513	Total	36%	38%	2%	43%	7%
			Bildung	29%	29%	0%	31%	2%
			Gesundheit	4%	6%	2%	8%	4%
			Soziale Wohlfahrt	3%	4%	0%	4%	1%
15'000-19'999	29	503	Total	34%	36%	1%	39%	5%
			Bildung	26%	25%	-1%	27%	1%
			Gesundheit	4%	6%	1%	8%	3%
			Soziale Wohlfahrt	4%	5%	0%	5%	1%
20'000-49'999	42	1'224	Total	33%	35%	2%	39%	6%
			Bildung	25%	25%	0%	27%	2%
			Gesundheit	4%	6%	2%	8%	4%
			Soziale Wohlfahrt	4%	4%	0%	5%	1%
50'000-99'999	4	283	Total	31%	35%	4%	40%	10%
			Bildung	21%	22%	2%	25%	4%
			Gesundheit	6%	8%	2%	10%	4%
			Soziale Wohlfahrt	5%	5%	0%	5%	1%
>=100'000	6	1'217	Total	25%	27%	2%	30%	5%
			Bildung	18%	18%	1%	20%	2%
			Gesundheit	3%	3%	1%	5%	2%
			Soziale Wohlfahrt	5%	5%	0%	6%	1%
Sprachregion	Anzahl Städte	T Einwohner 2024	Demografiebedingte Ausgaben in % der Einnahmen					
			2024	2040	Δ40-24	2060	Δ60-24	
Französisch	36	1'051	Total	16%	17%	1%	18%	2%
			Bildung	12%	13%	0%	13%	1%
			Gesundheit	1%	1%	0%	2%	1%
			Soziale Wohlfahrt	2%	3%	0%	3%	1%
Deutsch	93	2'625	Total	33%	35%	2%	40%	7%
			Bildung	24%	25%	0%	27%	3%
			Gesundheit	4%	5%	1%	7%	3%
			Soziale Wohlfahrt	5%	5%	1%	6%	1%
Italienisch	4	132	Total	34%	44%	10%	54%	20%
			Bildung	16%	17%	1%	19%	3%
			Gesundheit	12%	19%	7%	26%	15%
			Soziale Wohlfahrt	7%	8%	1%	9%	2%

Demografiebedingte Veränderung der Schuldenquote unterschiedlicher Städtegruppen

Da in den meisten Städten die demografiebedingten Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen, führt dies auch zu einem demografiebedingten Anstieg der Schulden. Die demografiebedingte Zunahme der Schulden bis zum Jahr 2040 beträgt im Schnitt 17% der Einnahmen und bis zum Jahr 2060 rund 93% (vgl. Abbildung 5-2). Der Schuldenstand vergrössert sich damit demografiebedingt und kumuliert für alle 133 Städte bis 2040 um 8 Mrd. CHF und bis 2060 um 54 Mrd. CHF.

Sehr grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Städten

Die Finanzprojektionen zeigen sehr grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Städten. Dies kann illustriert werden an der demografiebedingten Zunahme der Schuldenquote bis 2040 bzw. bis 2060 für jede einzelne Stadt (vgl. Abbildung 5-3). Bis ins Jahr 2040 sind die Unterschiede zwischen den Städten bereits recht gross: Für die Hälfte der Städte nimmt die demografiebedingte Schuld bis 2040 um rund +10% bis +50% der Einnahmen zu. Die maximale Zunahme beträgt +100% bis 2040. Sehr viel grössere Unterschiede zwischen den einzelnen Städten zeigen sich im Jahr 2060. Bis 2060 steigt die demografiebedingte Schuld bei der Hälfte aller Städte zwischen +40% und +190% der Einnahmen. Die maximale Zunahme der Schulden beträgt im Jahr 2060 +500% der Einnahmen. Es gibt aber auch einige Städte, deren Ausgabenlast und Schuldenquote aufgrund sinkenden Jugend- und/oder Altersquotienten abnimmt. Für die grossen Unterschiede sind nicht nur die unterschiedlichen Entwicklungen bei den Jugend- und Altersquotienten verantwortlich, sondern auch die Aufteilung der Finanzierung der Pflegeleistungen und der AHV-Ergänzungsleistungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

Fiskallücke zeigt Handlungsbedarf

Welcher Handlungsbedarf sich aus einem solchen Anstieg der Schuldenquote ergibt, kann von der Fiskallücke abgeleitet werden (Abbildung 5-2). Um die Schuldenquote bis ins Jahr 2060 zu stabilisieren, braucht es beispielsweise in den kleinen Städten mit weniger als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner eine jährliche Einnahmenerhöhung um 4.6% oder eine jährliche Ausgaben senkung in derselben Höhe. In den Grossstädten, mit einer unterdurchschnittlichen Zunahme des Jugend- und Altersquotienten braucht es eine geringere Anpassung der Einnahmen oder Ausgaben um jährlich 1.8%.

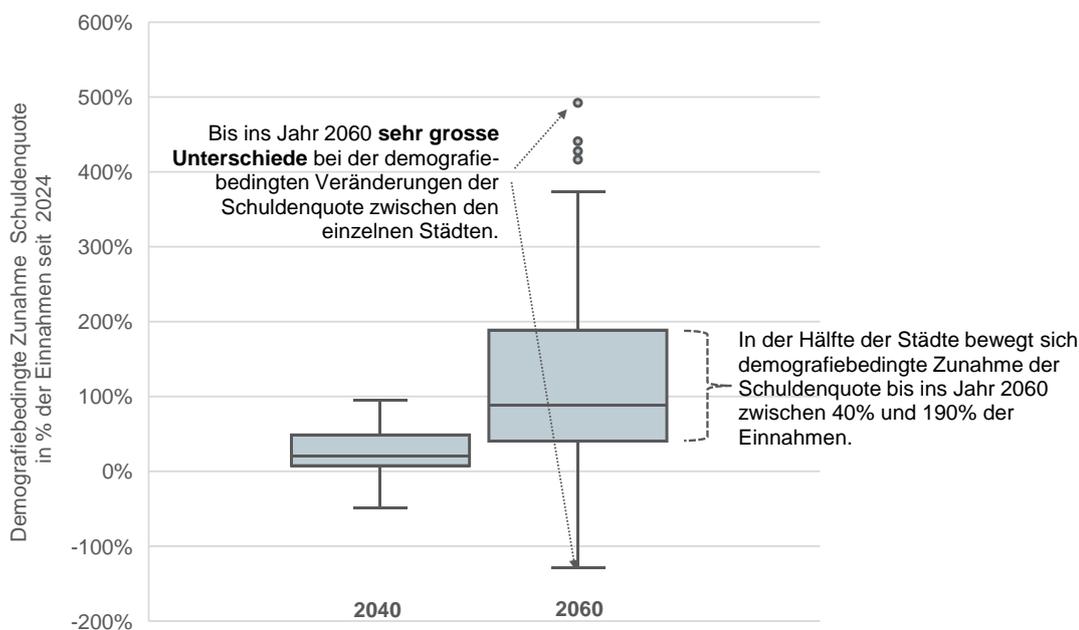
Abbildung 5-2: (links) Demografiebedingte Veränderung der Schulden in Prozent der Einnahmen (Schuldenquote) in den Jahren 2040 und 2060 im Vergleich zu 2024; (rechts) Fiskallücke im Jahr 2024, die sich aus den demografisch bedingten Ausgabenerhöhungen ergibt

		T Einwohner 2024	Zunahme Schuldenquote in %		Fiskallücke 2024	
			$\Delta 40-24$	$\Delta 60-24$	2040	2060
Alle 133 Städte		3'808	17%	93%	1.0%	2.3%

Einwohnerzahl	Anzahl Städte	T Einwohner 2024	Zunahme Schuldenquote in %		Fiskallücke 2024	
			$\Delta 40-24$	$\Delta 60-24$	2040	2060
< 10'000	10	67	45%	208%	2.4%	4.6%
10'000-14'999	42	513	30%	124%	1.8%	3.1%
15'000-19'999	29	503	18%	90%	1.1%	2.2%
20'000-49'999	42	1'224	16%	91%	0.9%	2.3%
50'000-99'999	4	283	32%	171%	1.8%	4.2%
>=100'000	6	1'217	12%	75%	0.7%	1.8%

Sprachregion	Anzahl Städte	T Einwohner 2024	Zunahme Schuldenquote in %		Fiskallücke 2024	
			$\Delta 40-24$	$\Delta 60-24$	2040	2060
Französisch	36	1'051	9%	50%	1.0%	2.4%
Deutsch	93	2'625	18%	96%	0.5%	1.2%
Italienisch	4	132	68%	429%	3.6%	9.5%

Abbildung 5-3: Zwischen den 133 Städten bestehen sehr grosse Unterschiede in der demografiebedingten Veränderung der Schuldenquote in den Jahren 2040 und 2060 gegenüber dem Jahr 2024



6 Schlussfolgerungen

Demografische Entwicklung nur eine der Herausforderungen für die Stadtfinanzen

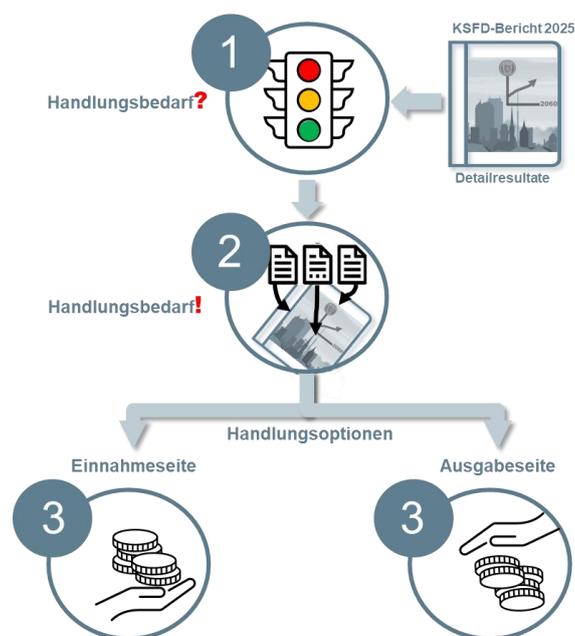
Die demografische Entwicklung ist nur einer der Faktoren, welche die Finanzen vieler Städte vor grosse Herausforderungen stellen wird. So werden kurz- und mittelfristig die Sparbemühungen auf Bundesebene mit dem Entlastungspaket 27 sowie der geplanten Entflechtung⁸ letztendlich auch die Stadtfinanzen belasten – welche Belastung auf die Städte zukommt, ist im Moment noch unklar. Weiter gibt es neben der demografischen Entwicklung noch ein weiterer Faktor, dessen Ausmass auf die städtischen Finanzen erst allmählich klarer wird: Die Massnahmen für den Klimaschutz und zur Bewältigung des Klimawandels respektive der nötigen Anpassungen an den Klimawandel.

Die demografische Entwicklung belastet die Finanzen vieler, aber nicht aller Städte

Die vorliegende Studie zeigt, dass die Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit der demografischen Alterung nicht für alle, aber für die meisten Städte eine grosse finanzielle Last bringt. Bis ins Jahr 2040 ist in vielen Städten mit einer spürbaren Zunahme der Bildungsausgaben zu rechnen – ab dem Jahr 2040 bis 2060 werden die städtischen Ausgaben für Langzeitpflege die Stadtfinanzen belasten. Dies gilt allerdings nur für Städte in den Kantonen, in denen die Gemeinden und Städte einen Anteil an die Restfinanzierung der Pflege beitragen müssen.

Längerfristigen Handlungsbedarf erkennen

Abbildung 6-1: Handlungsbedarf erkennen und längerfristige Handlungsoptionen ausloten



Was ist zu tun? Zuerst gilt es den künftigen Handlungsbedarf, der sich meist erst längerfristig zeigt, zu erkennen. Die vorliegende Studie erlaubt den Städten eine erste Einschätzung zu den langfristigen, demografiebedingten finanziellen Herausforderungen, denen sie sich stellen müssen, zu machen (vgl. Abbildung 6-1 1). Für Städte, die einen starken Anstieg des Jugend- und / oder Altersquotienten verzeichnen, wird empfohlen, die in der Studie grob abgeschätzte Entwicklung mit ihren spezifischen Rahmenentwicklungen – bspw. in Bezug auf ihre geografischen Restriktionen und raumplanerische Anpassungen – zu verifizieren und zu ergänzen. Dabei ist einerseits zu

⁸ Siehe auch <https://www.efd.admin.ch/de/nsb?id=104347> (Projekt «Entflechtung 27» lanciert, EFD 28.02.2025, zuletzt aufgerufen am 21.07.2025)

berücksichtigen, dass aufgrund unterschiedlicher Aufgabenteilungen zwischen Kantonen und Städten, die Finanzen der 133 Städte unterschiedlich von den demografischen Entwicklungen betroffen sind. Andererseits sollte auch der Finanzausgleich mit den Kantonen, welcher den Einfluss des demografischen Wandels auf die städtischen Finanzen verringern kann, mitberücksichtigt werden. Die fundierte Einschätzung der in der Studie abgeschätzten Entwicklungen mit Berücksichtigung der städtespezifischen Rahmenbedingungen erlaubt den Städten eine fundiertere Einschätzung zum langfristigen **2** Handlungsbedarf.

Handlungsoptionen ausloten

Grundsätzlich gibt es zwei Optionen, die sich nicht ausschliessen. **3** Ausgaben reduzieren und / oder Einnahmen erhöhen. Der Vorteil des frühzeitigen Erkennens eines erst längerfristig auftauchenden Handlungsbedarfs ist, dass viel mehr Handlungsoptionen sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmeseite zur Verfügung stehen. Strukturelle Massnahmen wirken meist erst längerfristig und sind heute schon umzusetzen. Das können strukturelle Massnahmen sein, welche die Kostendynamik bei den demografiebedingten Ausgaben dämpfen, wie bspw. Förderung von Pflege-Wohngemeinschaften (teure stationäre Pflegeeinrichtungen entlasten), Förderung von altersgerechtem Wohnungsbau (Selbstständigkeit älterer Menschen erhalten) oder interkommunale Zusammenarbeit stärken (Nutzen von Synergien). Gerade für die Langzeitpflege sind frühzeitige kostendämpfende Massnahmen wichtig, da die hohe Personalintensität dazu führt, dass die Teuerung für die Pflegeleistung deutlich über der allgemeinen Teuerung liegt. Auch auf der Einnahmenseite können im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik langfristig wirksame Massnahmen sinnvoll sein: Bspw. ein Generationenvorsorgefonds (Abfederung von künftig stark steigenden Belastungen). Da jede Stadt völlig unterschiedlich von der demografischen Entwicklung betroffen ist, muss auch jede Stadt ihren eigenen Weg für eine nachhaltige Finanzpolitik finden – dies vor allem im Hinblick auf die Vermeidung einer übermässigen Verschuldung. Eine hohe Schuldenlast führt zu höheren Ausgaben für Zinszahlungen, engt den finanziellen Handlungsspielraum der Städte ein und belastet die künftigen Generationen.

Literaturverzeichnis

BFS (2020)

Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050.

BFS (2025)

Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2025-2055.

EFD (2024)

Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen der Schweiz 2024. Alterung und Netto-Null-Ziel.

EFV, Öffentliche Finanzen der Schweiz, download unter

https://www.data.finance.admin.ch/superset/dashboard/finanzstatistik_national/